

Medienmitteilung

Thema	Parolenfassungen zu den eidgenössischen Abstimmungen vom 14. Juni 2015
Für Rückfragen	René Kühne, 079 236 74 26
Absender	Grünliberale Partei Solothurn, Postfach 353, 4501 Solothurn eMail so@grunliberale.ch , www.so.grunliberale.ch
Datum	26. Mai 2015

Die Grünliberalen Kanton Solothurn beschliessen Stimmfreigabe zur Billag-Vorlage

Ein deutliches JA zur Präimplantationsdiagnostik (PID) sowie ebenso deutliche Absagen an die Erbschaftssteuerreform und die Stipendieninitiative sind das Ergebnis aus dem E-Voting der Grünliberale Partei Kanton Solothurn zu den Parolen für die eidgenössischen Vorlagen vom 14. Juni. Umstritten unter den Mitgliedern war einzig die Vorlage zur Änderung des Bundesgesetzes über Radio und Fernsehen (RTVG), hier beschliessen die Grünliberalen Stimmfreigabe.

Wenig umstritten waren die Vorlagen zum Bundesbeschluss über die Änderung der Verfassungsbestimmung zur Fortpflanzungsmedizin und Gentechnologie im Humanbereich, zur Erbschaftssteuerreform sowie zur Stipendieninitiative. Bei der PID überwogen die sachlichen Argumente gegenüber ethischen Bedenken und die Mitglieder folgten ihrer Mutterpartei sowie der Empfehlung des Kantonalen Vorstandes mit einem klaren **JA** zur **Präimplantationsdiagnostik**.

Unbestritten auch die Vorlage zur **Erbschaftssteuerreform**, welche die Mitglieder mit einem deutlichen **NEIN** zur Ablehnung empfehlen. Nebst der rechtsstaatlich bedenklichen Rückwirkung gab vor allem auch die Unklare Ausgestaltung im Bereich der Unternehmensnachfolge den Ausschlag.

Schliesslich konnte auch die **Stipendieninitiative** nicht überzeugen, mit dem klaren **NEIN** in der Online-Abstimmung folgten die Mitglieder auch hier den Empfehlungen der Mutterpartei sowie der kantonalen Mitgliederversammlung vom April.

Anders als die Nationalen Delegierten der glp Schweiz, welche die Nein-Parole zur Billag-Vorlage empfohlen hatten, beschliessen die Grünliberalen Kanton Solothurn Stimmfreigabe. Das Nein-Lager kritisiert vor allem die KMU-Feindlichkeit der Vorlage, wogegen die Befürworter in der Vereinfachung der Gebührenerhebung und der gleichzeitigen Entlastung der Privathaushalte überwiegende Vorteile sehen. Beide Lager hielten sich die Waage und aus dem Online-Voting resultierte ein Patt. Der Vorstand der Grünliberalen Kanton Solothurn beschloss deshalb **Stimmfreigabe** zur Änderung des **Bundesgesetzes über Radio und Fernsehen**.